Violetta – aktiv vernetzt auf Landes- und Bundesebene

Als Fachberatungsstelle für Mädchen* und junge Frauen* sind wir unter anderem in der BKSF organisiert, der Bundeskoordinierung Spezialisierter Fachberatung gegen sexualisierte Gewalt in Kindheit und Jugend. Sie ist unsere bundesweite fachpolitische Interessenvertretung und Informationsstelle.

Im Mai fanden die jährliche Fachtagung sowie Vollversammlung statt. Gemeinsam haben die Fachberatungsstellen dabei die Stellungnahme »Parteilich an der Seite von Betroffenen – Vielfältig und gegen jede Form von Diskriminierung« verabschiedet. Sie wendet sich gegen rechte Bestrebungen, die traditionelle Geschlechterrollen einfordern, autoritäre Strukturen begünstigen sowie queere und migrantisch gelesene Menschen ausgrenzen – und damit fachlich fundierte Prävention und Kinderschutz torpedieren.

In der Stellungnahme sprechen wir uns für eine vielfältige und offene Gesellschaft aus: »Wir stehen an der Seite von betroffenen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, die in Kindheit und Jugend sexualisierte Gewalt erlebt haben – unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Sprache, Religion oder Weltanschauung, körperlichen oder kognitiven Fähigkeiten, Alter, sozialem Status, Bildung, Sexualität und Geschlechtsidentität und gegen die Stigmatisierung marginalisierter Bevölkerungsgruppen.« Den Text finden Sie auf der Homepage ***bundeskoordinierung.de***.



Sehr intensiv arbeiten wir derzeit auch mit dem Verbund der niedersächsischen Frauen- und Mädchenberatungsstellen gegen Gewalt. Es geht um das kommende bundesweite Gewalthilfegesetz (GewHG) und die Landesausführung in Niedersachsen.

Die Umsetzung des Gesetzes ist ein Meilenstein im Kampf gegen sexualisierte Gewalt. Ziel des Gewalthilfegesetzes ist die Sicherstellung eines bedarfsgerechten, flächendeckenden Hilfesystems für Betroffene geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt. Als Fachberatungsstelle erhoffen wir uns eine Absicherung sowie die Weiterentwicklung unserer Arbeit.

Nachdem das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung den Referentenentwurf veröffentlicht hat, haben wir gemeinsam eine Stellungnahme im Rahmen der Verbandsanhörung veröffentlicht und spezifischen Nachbesserungsbedarf dargelegt, damit die Vorgaben der Istanbul-Konvention konsequent umgesetzt werden und Prävention, Vernetzung sowie eine verlässliche Finanzierung dauerhaft abgesichert sind.

Besonders gefordert werden die ausdrückliche Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen als eigenständige Zielgruppe, ein diskriminierungsfreier Zugang für trans-, intergeschlechtliche und nicht-binäre Personen sowie eine langfristige, auskömmliche Finanzierung der Beratungs- und Schutzangebote, damit keine Versorgungslücken entstehen. Näheres auf der Webseite ***frauen-maedchen-beratung.de***.

